

Niederschrift

zur 29.Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 23.02.2012	18:05- 21:05 Uhr	Verein für Jugendhilfe und Sozialarbeit e.V., Geschwister-Scholl-Straße 16

Anwesenheit

Vorsitz

Elke Wagner,

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler, Martin Gollmer, Maria Meinel Vertretung für Herrn Gerold Sachse, Anne Müller, Käthe Radom,

CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati, Jürgen Teichmann Sitzung vorzeitig verlassen,

SPD-Fraktion

Helga Bluschke, Klaus Runge,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel, Petra Schumann,

Sachkundige BürgerInnen

Ines Jeske, Hans-Joachim Lachmann, Jürgen Lüder,

Verwaltung: Bürgermeister Herr Hengst, Erster Beigeordneter Herr Dr. Fehse, Fachgruppenleiterin Personalwesen Frau Krause, Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung Herr Politz, Gleichstellungsbeauftragte Frau Trilling

Gäste: Leiter des Vereins Jugendhilfe und Sozialarbeit Herr Schmidtpeter, Mitarbeiter Herr Dankesreiter, Schulleiterin der 1. Oberschule Frau Schädlich, Schulleiter der Juri-Gagarin-Oberschule Herr Wittig, Frau Lukas von der MOZ

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Gerold Sachse

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Wagner eröffnet um 18.05 Uhr die 29. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen. Sie bedankt sich für die Einladung in die Räumlichkeiten des Vereins Jugend- und Sozialarbeit e. V. sowie für die Bereitstellung der Getränke und verweist auf die Kasse des Vertrauens.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind 12 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung einstimmig bestätigt.

Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 28. Sitzung vom 19.01.2012

Der Abgeordnete Runge korrigiert die Aussage im TOP 6.2, 1. Absatz auf Seite 5: Für Vereine mit einem Jugendanteil über 20%, kann zusätzlich ein jährlicher Zuschuss ... beantragt werden. Es muss heißen: ... erhalten zusätzlich einen jährlichen Zuschuss von 9,50 € (ohne Antrag). Die Mitglieder des Ausschusses stimmen über die Änderung wie folgt ab.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.01.2012 wird bestätigt.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 4.1 Bestätigung der 2. Ergänzung des TOP 6.2 des öffentlichen Teils der Niederschrift der 24. Sitzung vom 29.09.2011

Herr Petenati erklärt sich mit der 2. Ergänzung einverstanden und bedankt sich für die Bemühungen.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

TOP 5 Informationen der Vorsitzenden

Die Vorsitzende macht noch einmal auf die Sportlerehrung am kommenden Samstag, um 11.00 Uhr im Bürgerhaus aufmerksam.

Des Weiteren bedankt sich Frau Wagner für die zahlreiche Teilnahme an der Demonstration für die Opfer der Neonaziszene. Eine Auswertung dazu ist bereits in der Fraktionsvorsitzendenrunde erfolgt.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Vorstellung der Einrichtung (BE: Herr Schmidpeter)

Herr Schmidpeter, seit eineinhalb Jahren Leiter der Einrichtung des Vereins Jugend- und Sozialarbeit e. V., bedankt sich zunächst für die konstruktive und gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung, die z. B. die Installierung der Brandanlage innerhalb der Räumlichkeiten möglich gemacht hat. Des Weiteren haben bereits Planungsrunden zum Abriss der ehemaligen Toilettenanlagen auf dem Hof und zur Neuerrichtung einer Werkstatt an gleicher Stelle stattgefunden. Ohne Unterstützung der

Kommune und mit Hilfe von Fördermitteln wäre dies alles nicht machbar.

Herr Schmidtpeter stellt den Abgeordneten Broschüren zur Verfügung und verweist zunächst auf das Organigramm, das übersichtlich die Struktur des freien Trägers der Jugendhilfe und die Vielzahl der sozialarbeiterischen Felder darstellt. Über projektbezogene Fachteams werden die einzelnen Fachbereiche gesteuert. Einmal monatlich treffen sich alle Fachbereiche als Gesamtteam.

Der Verein arbeitet mit den jungen Menschen gemeinwesenorientiert und stadtteilbezogen mit Angeboten wie: Clubarbeit, Sozialarbeit an Schulen, Sozialberatung, der arbeitsweltbezogenen Jugendsozial- und Bildungsarbeit, bis hin zu ambulanten und erzieherischen Hilfen zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung.

JuSeV verfügt insgesamt über 150 Mitarbeiter, die zum größten Teil in den Projekten außerschulischer, sozialer, erlebnispädagogischer, jugend-kultureller und jugendpolitischer Angebote in der Jugendbildungs- und Begegnungsstätte „Hirschluch“ in Storkow/Mark, in der evangelischen Grundschule in Rauen und in den Schulverweigerungsprojekten agieren. Der Bereich der integrativen Betreuung an Schulen fordert den größten Personalanteil. Durch den Einsatz von Fahrdiensten wird körperlich, geistig und seelisch behinderten Kindern und Jugendlichen ermöglicht, die Schule zu besuchen.

Der Verein hat einen Jahresumsatz von ca. 3,5 Mill. Euro. Zunehmend problematisch sieht Herr Schmidtpeter die betriebswirtschaftliche Situation, da die zur Verfügung stehenden Mittel den Projekten (ausgenommen der Förderprojekte) zugeordnet werden und keine Mittel für die Deckung der Verwaltungskosten (z. B. Wartungskosten, Buchhaltung u. a.) übrig bleiben. Der Leiter der Einrichtung sieht dies als Herausforderung an und ist ständig um Unterstützung für den Verein bemüht.

Da es keine Fragen von den Abgeordneten gibt, dankt Frau Wagner im Namen der Anwesenden für die Ausführungen.

TOP 6.2 Vorstellung der Schulverweigererprojekte (BE: Herr Dankesreiter)

Die Vorsitzende erteilt dem Fachbereichsleiter Herrn Dankesreiter, zuständig für Schule und Schulprojekte das Wort.

Herr Dankesreiter ist erfreut, dass er die Thematik der Schulverweigererprojekte dem Ausschuss vorstellen kann.

(Den Abgeordneten wurde eine Tischvorlage –Ergebnisbericht nach 5 Jahren Schulverweigererprojekte bei JuSeV- zur Verfügung gestellt.)

Die Projekte werden mit SchülerInnen aus den Oberschulen, Förderschulen und Grundschulen in Fürstenwalde (Schwerpunkt) und den der umliegenden Kommunen durchgeführt. Insgesamt können 30 Kinder und Jugendliche betreut werden. Die Plätze sind zu jeder Zeit ausgelastet.

Die Ursachen für Schulverweigerung sind oftmals im familiären Bereich zu finden wobei auch die psychischen und somatischen Faktoren eine wesentliche Rolle spielen. Es gibt z. B. Schüler, die absichtlich den Unterricht stören, um aus diesem verwiesen zu werden. Alkohol und Drogen sind bisher noch kein Thema geworden.

Das Projekt **„Werk-Statt-Schule“**, angegliedert an die Juri-Gagarin-Oberschule, beschult mit Hilfe einer Lehrerstelle und zwei Sozialpädagogen, zwölf SchülerInnen der 8. und 9. Jahrgangsstufe in den gut ausgestatteten Räumlichkeiten des Vereins.

In dem Projekt **„Die 2. Chance“**, werden SchülerInnen der 5. bis 7. Jahrgangsstufe (Grundschule) durch einen Case-Manager betreut. Hier erfolgt die Aufarbeitung von Defiziten (fallbezogener Ansatz). Die Rahmenbedingungen für dieses Projekt sind jedoch unzureichend.

Herr Dankesreiter erläutert praxisnah die bewährten formellen und informellen Methoden, die in beiden Projekten angewendet werden und wertet die erreichten Ergebnisse aus.

Beide Projekte enden mit der Förderperiode aus dem Europäischen Sozialfond Ende 2013. Zurzeit wird an einer neuen Projektidee gearbeitet, in der die erfolgreichsten Komponenten aus beiden Projekten einfließen werden. Es ist geplant, das neue Konzept den anderen Kooperationspartnern wie dem Staatlichen Schulamt, dem Jugendamt und der Stadt zeitnah vorzustellen und zu diskutieren, mit dem Ziel, der „Schulverweigerung“ entgegen zu wirken.

Herr Dankesreiter nimmt zu den Anfragen des Abgeordneten Petenati zur Thematik Analphabeten, den Anmerkungen von Herrn Lachmann zur Bedeutung der Familie Stellung und beantwortet Herrn

Lüder die Frage der weiteren Fördermöglichkeiten. Zur Anfrage von Frau Fiedler teilt er mit, dass 5% der Schulverweigerer Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind.

Frau Wagner dankt für den Beitrag.

TOP 6.3 Verabschiedung der Gleichstellungskonzeption der Stadt Fürstenwalde/Spree 5/418

Frau Trilling macht auf die 22. Brandenburgische Frauenwoche 2012 in Fürstenwalde aufmerksam und verteilt dazu den neuen Newsletter, der das Programm vom 01.03.2012 bis 14.04.2012 beinhaltet.

(Die Gleichstellungskonzeption stand den Abgeordneten im Intranet zur Verfügung.)

Die Gleichstellungsbeauftragte führt ihre Präsentation mit der vorliegenden Beratungsdrucksache (Tischvorlage) 5/418 ein, die einen kurzen Rückblick auf das Jahr 2006 aufzeigt.

Die Gleichstellungskonzeption wird von der Präambel eingeleitet und ist in II Teilen gegliedert. **Teil I** betrifft den Geltungsbereich der Stadtverwaltung Fürstenwalde und wird von der Fachgruppenleiterin Personalwesen erläutert. Zunächst stellt Frau Krause die Ist-Situation in der Verwaltung vor und die daraus abzuleitenden Maßnahmen. Frau Trilling erläutert die Wirkung der Verwaltung in zahlreichen Bereichen der Öffentlichkeit (z. B. Broschüre „Fürstenwalde: Wir machen Zukunft“).

Teil II beinhaltet den Geltungsbereich der Stadt Fürstenwalde, der in neun verschiedene Themenfelder gegliedert ist, die auf denen des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms für das Land Brandenburg basieren und von Frau Trilling erläutert werden.

Abschließend macht die Gleichstellungsbeauftragte darauf aufmerksam, dass Fürstenwalde die einzige Kommune im Land Brandenburg mit solch einer Konzeption wäre und darauf stolz sein kann.

Im Anschluss an die Präsentation haben die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeiten für Fragen, Ergänzungen oder Hinweise.

Frau Radom ist der Meinung, dass der Titel der Konzeption auch die Arbeit mit Behinderten einschließen müsste, worauf Frau Trilling erklärt, dass die Behindertenarbeit in der Zuständigkeit des Landkreises liegt.

Des Weiteren einigten sich die Anwesenden auf Bitte der Abgeordneten, das genannte Beispiel im Themenfeld 4, die Maßnahme zum 1. Teilziel auf „Vater-Kind-Sport im Südclub“ zu ändern.

Wie schon einmal im Ausschuss diskutiert, bemängelt Frau Radom das Themenfeld 6, das die Gewalt gegen Männer auslöst. Frau Trilling berichtet erfahrungsgemäß, dass seit 19 Jahren im Frauenhaus 450 Frauen das Angebot wahrgenommen haben und es nur eine einzige Anfrage eines Mannes gab. Da die Anmerkung der Abgeordneten jedoch berechtigt ist, wird Frau Trilling die Überschrift des 6. Themenfeldes auf „Häusliche Gewalt“ ändern.

Frau Meinel ist über die Konzeption erfreut und weist erfahrungsgemäß darauf hin, dass Frauen nur gemeinsam mit den Männern etwas bewegen können und gibt dies den Anwesenden auch für die nächsten Kommunalwahlen mit auf den Weg.

Frau Fiedler fragt zum Geltungsbereich Stadtverwaltung, ob die Qualifizierung der eigenen Mitarbeiter so erfolgt, dass sie in der Lage wären, eine Fachbereichsleiterstelle zu besetzen und wie die Qualifizierungen organisiert sind. Der Bürgermeister teilt darauf hin mit, dass allen Auszubildenden und Hochschulabsolventen Weiterbildungsmaßnahmen angeboten werden. Absolventen mit einem erfolgreichen Berufsabschluss wird ermöglicht, ein Studium aufzunehmen. Aus der Praxis kann Herr Hengst berichten, dass diese Mitarbeiter entweder von der Arbeit freigestellt werden oder ein Fernstudium aufnehmen. Einige KollegInnen studieren berufsbegleitend und besuchen nach Dienstschluss die Universität.

Zum ersten Teil der Frage kann er jedoch keine Aussage machen, da in der nächsten Zeit kein Bedarf an der Besetzung einer Fachbereichsleiterstelle besteht. Jedoch wird dies in der Zukunft Berücksichtigung finden.

Abschließend stimmt die Abgeordnete der anfänglichen Aussage von Frau Radom bezüglich der Einbeziehung der Behindertenarbeit zu. Worauf Frau Trilling nochmals ihren Arbeitsinhalt als Gleichstellungsbeauftragte der Stadt definiert.

Herr Politz nennt im Vergleich das Beispiel des Gleichstellungs- und Behindertenbeirates, die ebenfalls getrennt voneinander arbeiten und nicht integriert sind. Es wird vorgeschlagen, den Titel der Konzeption präzisierend zu ergänzen: "...Gleichstellung von Mann und Frau...".

Frau Wagner bittet auf der letzten Seite das erste Teilziel inhaltlich zu ändern und die Förderung des Gleichstellungsbeirates, durch Zusammenarbeit ... zu ersetzen.

In diesem Zusammenhang macht die Vorsitzende darauf aufmerksam, dass der Gleichstellungsbeirat seinen Tätigkeitsbericht in der nächsten Sitzung vorstellen wird.

Die Abgeordneten stimmen über die vorliegende Konzeption zur Gleichstellung von Mann und Frau in der Stadt Fürstenwalde/Spree ab und empfehlen die Beratungsdrucksache 5/418 in der Stadtverordnetenversammlung zu verabschieden.

Zustimmung mit Änderung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.4 Nutzungsgebühren Sportbad (zu Gast: der Werkleiter Herr Hengst)

Die Vorsitzende bittet den Sportstätten-Werkleiter die noch offenen Fragen aus der letzten Sitzung zu beantworten.

Herr Hengst geht zunächst auf die Historie des Sportbades ein und berichtet, dass vor der Erhöhung der Nutzungsgebühren seit Mitte des vergangenen Jahres letztmalig im Jahre 2007 eine Gebührenerhöhung vorgenommen wurde. Grundsätzlich sind die Vereine verpflichtet, 15 % von den gesamten Betriebskosten des Schwapps zu tragen. Die übrigen 85 % werden von der Stadt übernommen. Der Abgeordnete Petenati hatte beanstandet, dass über die Gebührenerhöhung zu spät und in falscher Weise informiert wurde, worauf Herr Hengst versicherte, dass es nicht beabsichtigt war, die Vereine in finanzielle Not zu bringen. Des Weiteren erklärt er, dass es sicherlich von Vorteil gewesen wäre, bevor die Nutzungserhöhung beschieden wurde, diese im Fachausschuss und mit den Vereinen stärker zu thematisieren.

Auf die gestiegenen Betriebskosten des Schwapps musste reagiert werden und somit waren die Gebühren entsprechend anzupassen. Die Grundlage für diese Verfahrensweise bildet die im Jahre 2005 von den Stadtverordneten beschlossene Richtlinie zur Förderung des Sports in der Stadt Fürstenwalde. Herr Hengst ist gern bereit mit den Vereinen und daraus folgend mit den Abgeordneten neu zu verhandeln, wenn diese sich nicht mit dem Automatismus (15%ige Anpassung an die lfd. BK) einverstanden erklären. Dann muss aus dem prozentualen Anteil ein nominativer Anteil verhandelt werden.

Der Werkleiter erklärte, dass für die Vereine zunächst eine Planungssicherheit besteht und die Nutzungsgebühr pro Bahn in den nächsten drei bis vier Jahren konstant bleiben wird, jedoch über andere Zahlungsmodalitäten weiter nachgedacht und diskutiert werden sollte.

Seit Einführung der prozentualen Beteiligung an den Betriebskosten, wurde mit dem Schwimmverein ein monatlicher Festbetrag in Höhe von 750 € vereinbart. Eine Regelung, die aus Sicht des Werkleiters nicht zielführend und tragbar ist, da dieser Betrag umgerechnet auf die prozentuale Beteiligung, je nach Witterung und Nutzung, teils über- aber auch unterschritten wurde. In mehreren Gesprächen hat sich die Verwaltung (Herr Hengst und Herr Diedrich) mit dem Schwimmverein (Herrn Kiupel) diesbezüglich zusammen gesetzt und über neue Berechnungsmodelle (Kostenerhebung auf Einzelbahnen und Personen) verständigt. Herr Hengst ist sich sicher, dass eine einvernehmliche Lösung gefunden wird.

Herr Petenati ergänzt, dass der Schwimmverein Landesleistungsstützpunkt für den Schwimmsport ist und Mittel vom Landesvorstand zur Verfügung gestellt werden. Worauf Herr Hengst informiert, dass die Verbände in diesem konkreten Fall auch die kompletten Trainerkosten übernehmen, im Gegenzug jedoch von den Kommunen erwarten, dass diese die Sportstätten kostenlos zur Verfü-

gung stellen. Eine Ausnahme zu den anderen Sportarten bildet hier der Fußball.

Abschließend fügt der Werkleiter an, dass das Schwapp für das vergangene Jahr gute Bilanzen aufweisen kann und verweist auf die kommende Stadtverordnetenversammlung.

TOP 6.5 Diskussion zum Haushaltsplan 2012 (zu Gast: Herr Dr. Fehse)

Einführend bedankt sich die Vorsitzende bei der Verwaltung, dass das mehrheitliche Votum des Ausschusses zur Förderung der Wohlfahrtspflege 2012 im Haushaltsplan volle Berücksichtigung gefunden hat und erteilt für weitere Ausführungen Dr. Fehse das Wort.

In der Stadtverordnetenversammlung am 26.01.2012 wurde der gesamte Entwurf des Haushaltsplanes vorgestellt, sodass heute nur fachbezogene Ausschnitte aus den Bereichen Kitas und Schulen, Kultur, Sport, Wohlfahrts- und Jugendpflege sowie einige Investitionen dem Sozialausschuss näher erläutert und im Anschluss zur Diskussion stehen. Anhand einer PowerPoint-Präsentation macht der Kämmerer zunächst auf den Gesamtergebnis- und Finanzplan aufmerksam.

Unter Beachtung der Zuschüsse erläutert Dr. Fehse die Tendenzen der Ergebnisse von Erträgen und Aufwendungen bei den städtischen Grund- und Oberschulen. Im Teilergebnisplan 2010 der Oberschulen zeigt das Ergebnis ein Defizit von ca. 450.000 € auf.

Die Änderung des Schulgesetzes im Jahre 1998 beinhaltete die Regelung für alle Kommunen, dass die weiterführenden Schulen in die Trägerschaft des Landkreises übergehen. Kommunen, die ihre Schulen behalten wollten, konnten dies beim Landkreis beantragen und mit seinem Einverständnis pro Schüler und Jahr eine Pauschale erstattet bekommen. Diese jährlichen Erstattungen sind bei den Erträgen im Teilergebnisplan der Schulen bereits berücksichtigt, können dennoch die Aufwendungen nicht decken. Aus diesem Grund schlägt der Kämmerer vor, die Oberschulen an den Landkreis abzugeben. Eine Alternative dazu wäre, dass der Landkreis die Pauschalen pro Schüler erhöht, was Herr Dr. Fehse aus seiner Erfahrung heraus als recht „steinigen Weg“ bezeichnet.

Herr Hengst bestätigt die Aussagen des Kämmerers und tendiert zur Übergabe der Oberschule in die Trägerschaft des Landkreises und weist auch darauf hin, dass ein vollständiger Ausgleich des Defizits auf Grund der schwankenden Schülerzahlen nie erreicht wird. Des Weiteren gibt er zu bedenken, dass die Oberschulen weiter ihren Sitz in der Stadt haben, deren Ausstattung ein gleiches Angebot für die Schüler bereit hält, jedoch der Stadt weniger Geld kostet. Diese Einsparung könnte dann z.B. den Investitionen zu Gute kommen.

Der Bürgermeister sieht es als Pflicht an, diese Thematik zu einem späteren Zeitpunkt aufzugreifen und gemeinsam im Ausschuss zu diskutieren und zu entscheiden. Die Vorsitzende stimmt dem zu.

Der Kämmerer stellt nun die Erträge und Aufwendungen im Bereich der städtischen und freien Kitas vor. Auch hier sind im Ergebnis Defizite erkennbar, die tendenziell steigender Zuschüsse der Stadt bedürfen.

Abschließend erläutert er die Entwicklung der freiwilligen Leistungen ab dem Jahr 2007 und stellt die investiven Vorhaben und Projekte, wie den Umbau des leerstehenden Gebäudes in der Trebuser Straße 49 zum Jugendgästehaus, die Gestaltung des erweiterten Domumfeldes und weitere Sanierungen im Stadtgebiet vor und geht auf deren Finanzierung durch Fördermittel und kommunalen Eigenanteilen ein.

Im Anschluss der Präsentation haben die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeiten Fragen an den Kämmerer der Verwaltung zu stellen, Hinweise oder Ergänzungen zu geben.

Nachdem die Abgeordneten Fiedler und Petenati das Rederecht für die Schulleiter der Oberschulen beantragt haben, weist der Bürgermeister nochmals darauf hin, solch ein wichtiges Thema nicht zwischen „Tür und Angel“ abzuhaken sondern Argumente zu sammeln und ausführlich zu diskutieren bevor eine Entscheidung getroffen wird. Es geht hier schließlich auch um strukturelle Veränderungen.

Die Vorsitzende stimmt dem Gesagten zu und lädt die beiden Schulleiter zur nächsten Sitzung im April ein. Daraufhin bittet Herr Wittig selbst nochmals um ein „kurzes“ Rederecht. Laut Abstimmung der Abgeordneten wird beiden Schulleitern das Rederecht erteilt.

Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Herr Wittig lobt die gute und unkomplizierte Zusammenarbeit zwischen Schule und der Verwaltung, macht auf das städtische Personal, das sich stets in den Schulalltag integriert hat aufmerksam und erläutert aus seiner Sicht, welche Auswirkungen dies auf die Schüler haben wird. Den Trägerwechsel zum Schuljahr 2012/2013 vorzunehmen, sieht er jedoch als sehr überstürzt und schwierig an.

Frau Schädlich, Schulleiterin der 1. Oberschule, hat bereits schon einige Trägerwechsel miterlebt und die Erfahrung gesammelt, dass sich in der Bildungsarbeit/Unterrichtstätigkeit nichts ändern wird, jedoch das gewohnte Drumherum, gerade das, was die städtischen Schulen gegenüber den freien Schulen konkurrenzfähig macht. Z. B. die integrativen, sozialen und berufsorientierenden Inhalte, alles das, was für die jungen Menschen heute wichtig ist, sind Dinge, die ohne die „Nähe“ zum Träger Stadt nicht mehr funktionieren werden.

Die Vorsitzende dankt für die Beiträge und verweist auf die kommende Sitzung.

Zurück zur Haushaltsdiskussion, bringt Frau Wagner ihre Bedenken zur Investition Jugendgästehaus zum Ausdruck. Ihr geht es hierbei nicht um die Kosten des Umbaus sondern um die monatlichen Unterhaltungskosten, wie diese erwirtschaftet werden können, wenn das Haus nicht ausgelastet ist. Nach ihren Erkenntnissen, will der Kreistag am kommenden Mittwoch den Zusammenschluss der Oberstufenzentren Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde beschließen, mit der Folge, dass bestimmte Berufsbilder nach Eisenhüttenstadt wechseln werden. Des Weiteren hat das Land Brandenburg vor, im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel die bestehenden Berufsbilder einzuschränken sodass weniger Berufe zur Auswahl stehen.

Die Kultusministerkonferenz hat beschlossen, dass die Bundesklassen in ihren eigenen Ländern beschult werden und somit ist absehbar, dass immer weniger Klassen und Schüler nach Fürstenwalde kommen und eine Unterkunft benötigen werden.

Zu diesen Aussagen nimmt Herr Hengst Stellung, der durch die Gespräche mit den Verantwortlichen des Oberstufenzentrum überzeugt ist, dass gerade die durch den demografischen Wandel abnehmende Schülerzahl das Thema Bundes- und Landesfachklassen mehr an Bedeutung gewinnt. Durch die betrieblichen Standorte in Fürstenwalde und Umgebung, gewinnt das Oberstufenzentrum in Palmnicken für die Ausbildung der Jugendlichen immer mehr an Attraktivität. Aus diesem Grund wird der Umbau des leerstehenden Gebäudes zu einem Wohnheim für Jugendliche unentbehrlich.

Ergänzend weist Herr Dr. Fehse darauf hin, dass nach seinem Wissen nicht nur Klassen vom Oberstufenzentrum abgehen sondern auch hinzukommen.

Die geplante Unterkunft hat eine Kapazität von 127 Plätzen, davon sind 110 Plätze durch den Landkreis und 17 Plätze durch die Stadt zu belegen. Die Refinanzierung der nicht bezuschussten Herstellungskosten und die Abrechnung der Betriebskosten werden im vorgenannten Verhältnis umgelegt. Für Stadt ist diese Regelung kostendeckend und wird auch so vertraglich vereinbart.

Abschließend bemängelt Herr Petenati, dass das Projekt „Wassersportzentrum“ keinerlei Berücksichtigung in der Haushaltsplanung gefunden hat. Des Weiteren ist dem vorliegenden Entwurf zu entnehmen, dass die Caritas mit 20.000 € weniger gefördert wird, womit sich der Abgeordnete nicht einverstanden erklärt.

Der Bürgermeister weist auf die Formalie hin, dass wir heute hier sind um über den Entwurf des Haushaltes zu diskutieren. Wenn eine Mehrheit sich mit Positionen nicht einverstanden erklärt, kann das Geplante gestrichen oder Anderes ergänzt werden.

Die stimmberechtigten Abgeordneten empfehlen mehrheitlich den Entwurf des Haushaltsplanes 2012 zur Verabschiedung durch die Stadtverordnetenversammlung.

(Die Powerpointpräsentation ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.)

Zustimmung Ja 10 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Der Bürgermeister und der Beigeordnete haben keine Informationen für den Ausschuss.

Herr Politz bittet die nächste Ausschusssitzung am 19.04.2012 zu verschieben und begründet sein Anliegen.

Im Rahmen des Projektes „Integration durch Vielfalt“ kam der Verein JuSeV gemeinsam mit den verschiedenen Partnern zu der Auffassung, über ein partizipatives Verfahren ein Integrationskonzept für Fürstenwalde zu erstellen. Dazu wäre es zunächst erforderlich, den Ist-Stand der Integrationsarbeit in der Stadt zu analysieren und Handlungsschwerpunkte zu setzen.

Die Städte, die bereits solch ein Konzept entwickelt haben, wurden bei ihrer Arbeit wissenschaftlich begleitet. Durch das Europäische Integrationszentrum in Berlin haben wir Kontakt mit Herrn Professor Dr. Heckmann von der Universität Bamberg, der auf diesem Gebiet spezialisiert ist. Es gab bereits Vorgespräche mit dem Integrationsbeirat, der seine Mitwirkung zugesichert hat und Telefonkontakte mit Prof. Dr. Heckmann, der für eine Kooperation zur Verfügung steht, sich gern selbst ein Bild von unserer Stadt machen möchte und in einem Vortrag über gemachte Erfahrungen berichten wird. Sein Terminvorschlag fällt auf den Termin der nächsten Ausschusssitzung.

Dem Vorschlag der Vorsitzenden, den Ausschuss auf den 26.04.2012 zu vertagen, stimmen die Mitglieder des Ausschusses einstimmig zu. Eine offizielle Einladung zu der Veranstaltung folgt.

Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Aus der letzten Sitzung am 19.01.2012 sind noch Fragen offen, die Herr Politz nun beantwortet.

1. Das Bündnis für Familie ist kein Bündnis der Verwaltung, es ist ein Bündnis der Akteure. Der Steuerungsgruppe gehören ca. 10 Mitglieder an, die sich aus Vertretern der Arbeitsgruppen innerhalb des Bündnisses, zwei Vertreter der Verwaltung, einem Vertreter der Schulen und einem Vertreter aus der Politik zusammensetzt. Ihre Aufgabe besteht u. a. darin, den Informationsfluss und die Präsentation nach außen zu optimieren, Schwerpunkte der Arbeit zu setzen. D. h., die Aktivitäten des Bündnisses werden durch die Mitglieder bestimmt. Im Übrigen sind Einladungen und Informationen immer an alle Mitglieder erfolgt. Die Resonanz ist jedoch oft verhalten.

Herr Politz informiert über den Bündniskalender 2012, der auf der Homepage der Stadt eingepflegt ist.

2. Die Jugendbeteiligung ist nicht nur Thema der Stadtjugendpflegerin, Jugendbeteiligung ist eine Querschnittsaufgabe, die bereits in verschiedene Formen praktiziert wird.

3. Zur der Frage der Arbeitsaufgaben von den Kolleginnen Frau Bauer und Frau Boche teilt der Fachgruppenleiter mit, dass die Stellenbeschreibungen enggefüllt sind und ihre reguläre Arbeitszeit voll ausfüllen. Sollte die Absicht bestehen, darauf Einfluss zu nehmen, würde dies die Zuständigkeit des Bürgermeisters betreffen und müsste ihm signalisiert werden.

4. Im Begleitausschuss „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ geht es um Konsolidierung und Nachhaltigkeit. Herr Politz bedauert, dass sich die Schulen zurückgezogen haben. Dem Ausschuss gehören Vertreter des Amtes Odervorland und der Gemeinde Steinhöfel, des Gleichstellungsbeira-

tes, der Plattform gegen Rechts sowie der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung und die Stadtjugendpflegerin an. Die Mitarbeit in diesem Ausschuss ist freiwillig und wird leider nicht immer allen Aufgaben gerecht, wie z. B. der Fortschreibung des Lokalen Aktionsplanes. Eine neue Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit dem Thema Demokratie und Rechtstextremismus und ist bemüht herauszufinden, wie viel Demokratiegefährdung oder Demokratieförderung in Fürstenwalde nötig und möglich ist. Denkbar wäre, dass sich mit dieser Thematik ein neues Gremium, z. B. eine Plattform für Demokratie aufstellt. Die Arbeitsgruppe lädt am 17.03.12 zu einer Planungswerkstatt in die Jugendbildungsstätte Hirschluch ein. Die Perspektive dieser Arbeitsgruppe soll wesentlich die Arbeit des Begleitausschusses bestimmen.

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Es gibt keine Anfragen der Mitglieder des Ausschusses an die Verwaltung.

Frau Wagner bittet nochmals die CDU-Fraktion, um die namentliche Meldung eines Mitgliedes für die Arbeitsgruppe Jugendbeteiligung.

Auf Anfrage der Vorsitzenden haben weder die Verwaltung noch die Abgeordneten Informationen oder Anfragen für den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Mit Zustimmung des Ausschusses bittet die Vorsitzende die Bestätigung der Niederschriften des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.01.2012 und 29.09.2011 unter diesem Tagesordnungspunkt vorzunehmen.

Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der 28. Sitzung vom 19.01.2012

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der 24. Sitzung vom 29.09.2011

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

Somit sind beide Niederschriften mehrheitlich bestätigt.

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die Vorsitzende dankt für die Aufmerksamkeit und beendet um 21.05 Uhr die 29. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen.

Die Niederschrift umfasst 9 Seiten und 1 Anlage.

Elke Wagner

Elke Stein

Vorsitzende

Schriftführerin